

702.29-01-2019

740.02-05

331.09-01

320.01-01

29.01.2019

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.1)

Frau Senatorin Dr. Leonhard trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2019/289, betreffend

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes
zur Gleichstellung behinderter Menschen (HmbGGbM) zur
Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 über den barrierefreien
Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher
Stellen,

vor.

Der Senat beschließt die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft und bittet den Präsidenten des Senats, der Präsidentin der Bürgerschaft die Senatsmitteilung als dringlichen Antrag zu übermitteln und darum zu bitten, den Antrag noch auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 13. Februar 2019 zu setzen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann



Eing.: 25. JAN. 2019

Berichterstattung:
Senatorin Dr. Leonhard
Staatsrätin Lotzkat

TOP IV. 1
B

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2019/00289
vom: 24.01.2019
für den Senat
am 29.01.2019
IV

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (HmbGGbM) zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen

A. Zielsetzung

Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (Richtlinie (EU) 2016/2102, ABI. L 327 vom 2. Dezember 2016, S. 1) durch Änderung des geltenden HmbGGbM zur Abwendung von drohenden Sanktionen durch den EuGH im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens.

B. Lösung

Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Umsetzung der wesentlichen Vorgaben aus der Richtlinie (EU) 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen, insbesondere zur Schaffung einer Überwachungsstelle und einer Ombudsstelle sowie der Anpassung der Verordnungsermächtigung.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Durch den Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 entstehen im Rahmen des Gesetzesvollzugs Kosten insbesondere zur Herstellung von barrierefreier Informationstechnik, die zurzeit nicht bezifferbar und abhängig von der bisherigen Gestaltung der Informationstechnik sind.

Dieser Gesetzentwurf verpflichtet zur Einrichtung einer Überwachungs- sowie einer Ombudsstelle bezogen auf die Sicherstellung einer barrierefreien Informationstechnik, die aus vorhandenen Ermächtigungen getragen werden.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Die im Rahmen der Verpflichtungen dieses Gesetzentwurfes notwendigen Aufwendungen vermindern das Eigenkapital der FHH in gleicher Höhe.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

Familienpolitik

Die Ziele der Inklusion und der Gleichstellung wirken auch auf die Familienpolitik.

Klimaschutz

Inklusion

Ziel des geltenden HmbGGbM ist es, Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen und zu verhindern sowie ihre gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Teilhabe zu ermöglichen.

Bürokratieabbau

Gleichstellung

G. Alternativen

Keine, da hiermit zwingende europarechtliche Vorgaben umgesetzt werden.